

# Gemeinde Mauerstetten

## Rechenschaftsbericht

nach § 77 Abs. 2 Nr. 5 KommHV

zur Jahresrechnung 2001

<b>1. HAUSHALTSVOLUMEN</b>	<b>2</b>
<b>2. PLANVERGLEICH</b>	<b>3</b>
<b>3. WICHTIGE EINNAHME- UND AUSGABEARTEN</b>	<b>4</b>
3.1. EINNAHMEN AUS VERWALTUNG UND BETRIEB	4
3.2. GRUNDSTEUER A	4
3.3. GRUNDSTEUER B	5
3.4. GEWERBESTEUER	6
3.5. VERWALTUNGS- UND BETRIEBSAUSGABEN	7
3.6. PERSONALAUSGABEN	7
<b>4. INVESTITIONEN</b>	<b>9</b>
<b>5. SCHULDEN</b>	<b>9</b>
<b>6. ZUFÜHRUNG ZUM VERMÖGENSHAUSHALT</b>	<b>11</b>
<b>7. ALLGEMEINE RÜCKLAGE</b>	<b>12</b>
<b>8. KASSENLAGEN</b>	<b>12</b>
<b>9. ANALYSE</b>	<b>13</b>

Die Haushaltsrechnung des Haushaltsjahres 2001 schließt im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit

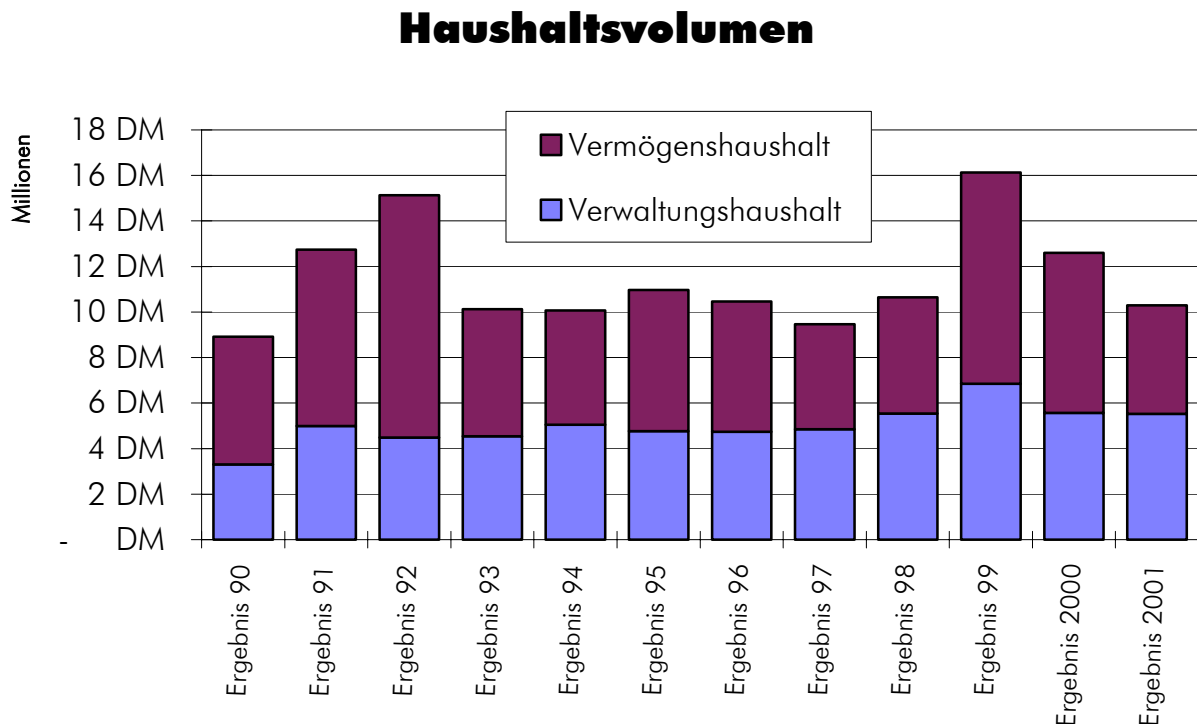
5.524.978,39 DM

und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit

4.768.385,70 DM

ab. Als Jahresabschlussbuchung konnte der Allgemeinen Rücklage ein Betrag von 1.393.284,26 DM zugeführt werden.

## 1. Haushaltsvolumen

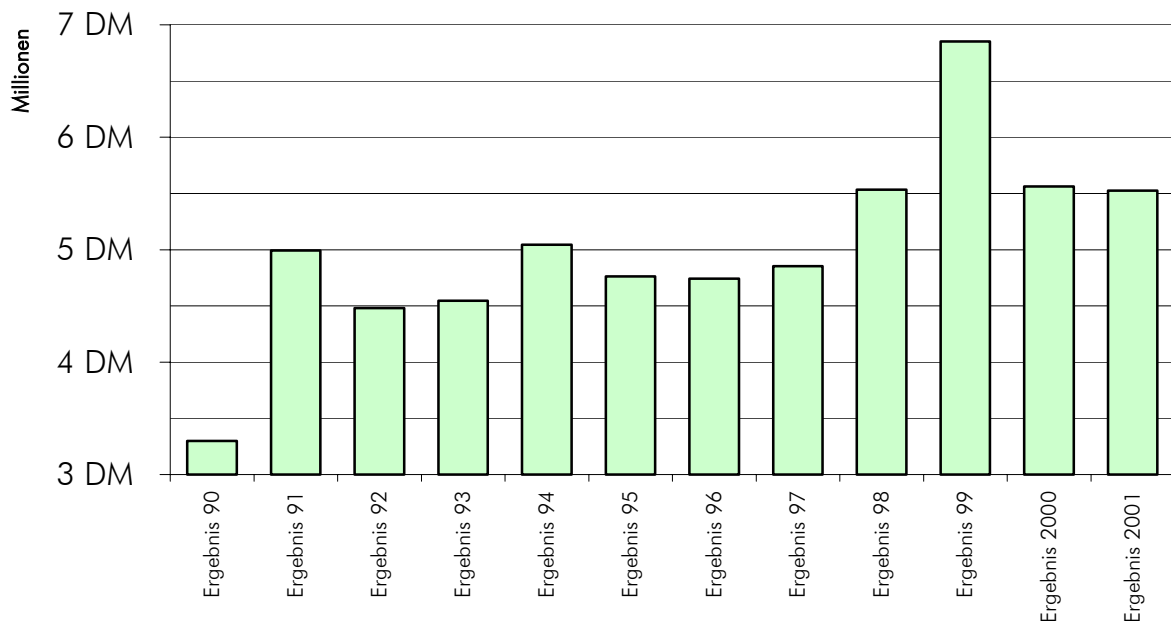


Die Haushaltsvolumina der vergangenen Jahre bewegen sich zwischen 9 und 16 Millionen Deutsche Mark, das Haushaltsjahr 2001 erreicht mit einem Gesamthaushaltsvolumen von 10.293.264 DM einen Wert im unteren Bereich. Es bewegt sich deutlich unter dem Niveau der Jahre 2000 und 1999.

Aufgrund der hohen Steuerkraft fiel im Haushaltsjahr keine Schlüsselzuweisung an, auch die Kreisumlage war deswegen deutlich über Normalniveau, weshalb keine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt erfolgen konnte.

Das Jahresergebnis im Vermögenshaushalt ist mit 1.393.284,26 DM erfreulich.

## Volumen Verwaltungshaushalt



Das Volumen des Verwaltungshaushaltes ist schon seit dem Jahr 1998 nahezu konstant; das Jahr 1999 muss hier zunächst außer Acht bleiben, da hier aufgrund außergewöhnlich hoher Realsteuereinnahmen besondere Einnahmeverhältnisse herrschten.

## 2. Planvergleich

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt	Gesamt
Haushaltsansatz	5.685.370 DM	5.943.910 DM	11.629.280 DM
Rechnungsergebnis	5.524.978 DM	4.768.386 DM	10.293.364 DM
Veränderung	-2,82%	-19,78%	-11,49%

Aus der Gegenüberstellung ist ersichtlich, dass im Verwaltungshaushalt das Rechnungsergebnis nahezu dem Ansatz entspricht, im Vermögenshaushalt jedoch das Volumen um fast ein Fünftel geringer als der Ansatz ausfiel. Ursächlich für die Ausgabenminderung im Vermögenshaushalt war die Tatsache, dass der Bau der Gemeindeverbindungsstraße Frankenried-Mauerstetten entgegen der ursprünglichen Planung im Haushaltsjahr 2001 doch nicht begonnen wurde.

### 3. wichtige Einnahme- und Ausgabearten

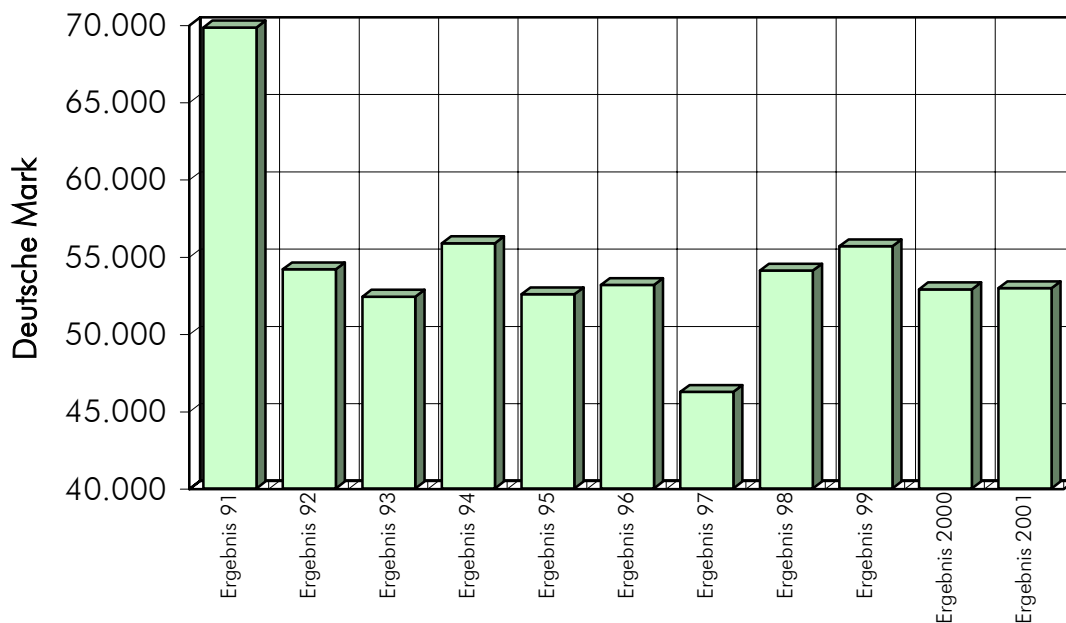
#### 3.1. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb lagen mit 905.914 DM um 17,39% über den im Haushaltsplan veranschlagten 771.720 DM.

#### 3.2. Grundsteuer A

Bei den Realsteuern lag das Aufkommen der Grundsteuer A mit einem Jahressoll von 52.959 DM um 0,87% über dem Ansatz von 52.500 DM im Haushaltsplan, im mehrjährigen Vergleich ein durchschnittliches Jahresaufkommen. Mittel- und langfristig wird die Grundsteuer A stagnieren, da immer mehr landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben und die entsprechenden Grundstücke und Gebäulichkeiten der Bewertung der Grundsteuer B unterliegen.

### Grundsteuer A

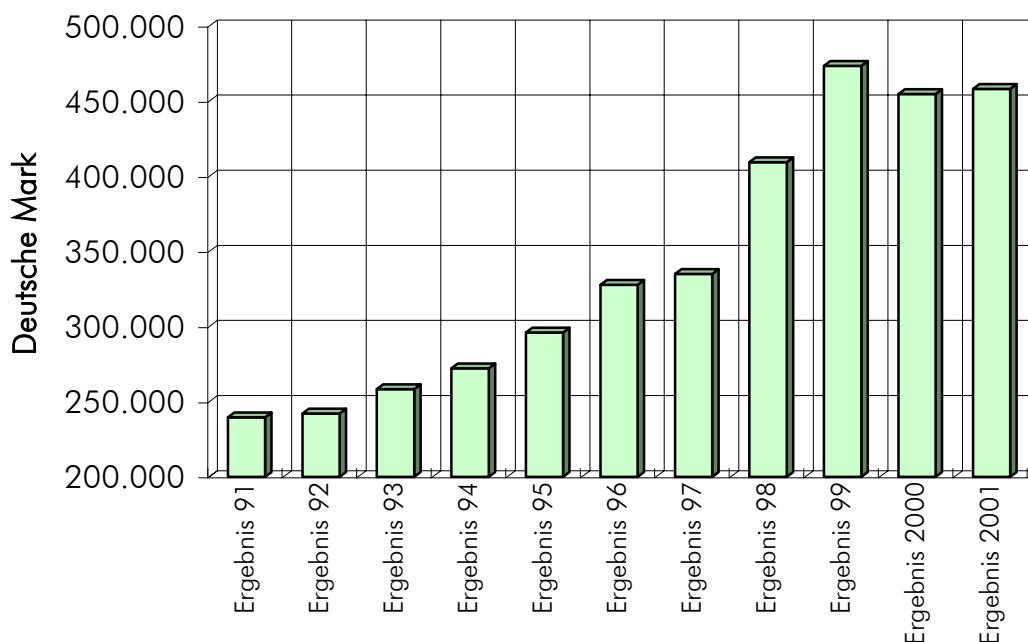


### 3.3. Grundsteuer B

Bei der Grundsteuer B hielt der Trend der Vorjahre einer ständigen Steigerung auch im Haushaltsjahr 2001 –wenn auch sehr moderat– an, wobei der bisherige Höchststand des Jahres 1999 nicht mehr erreicht werden konnte. Mit einem Jahresaufkommen von 458.061 DM lag das Ergebnis um 0,67% über dem Ansatz.

Langfristig wird sich das Aufkommen an Grundsteuer B sicherlich in diesem Rahmen und höher bewegen. Auch die Ausweisung des Gewerbegebietes Unteranger sowie der Wohnbaugebiete Raiffeisenweg in Frankenried sowie Birkenfeld in Steinholz werden den Trend nachhaltig prägen.

### Grundsteuer B

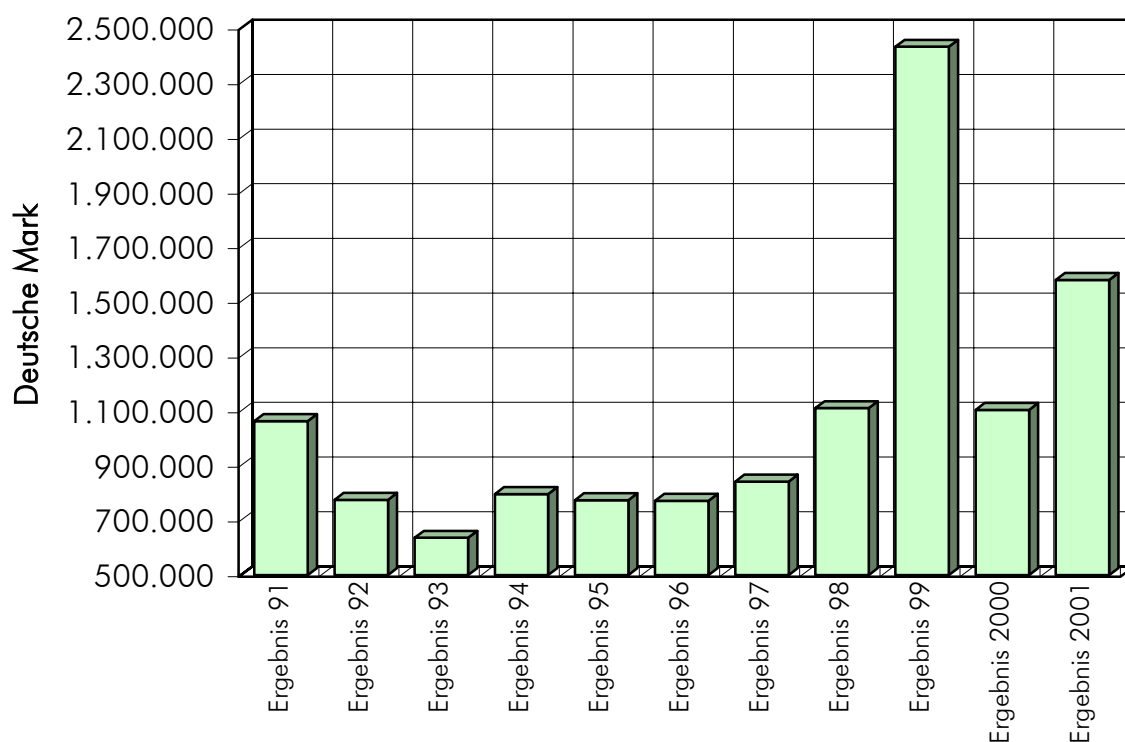


### 3.4. Gewerbesteuer

Bei der Gewerbesteuer konnte mit 1.579.419 DM ein Ergebnis erzielt werden, das im Beobachtungszeitraum nach dem Rekordjahr 1999 das zweithöchste darstellt.

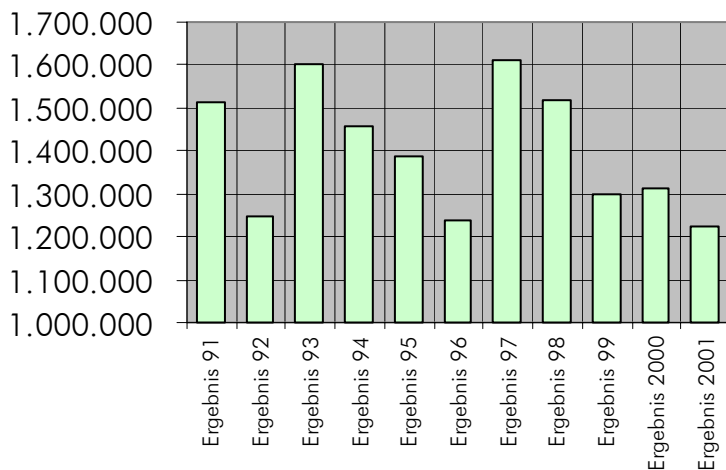
Die Gemeinde hat sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart stets versucht, durch maßvolle Ausweisung von Gewerbegebieten zum einen dem Bedarf gerecht zu werden und zum anderen natürlich auch die gemeindliche Steuerkraft zu verbessern, was letztendlich wieder der Gesamtheit der Gemeindebürger zu Gute kommt.

## Gewerbesteuer



Glücklicherweise ist es in der Vergangenheit stets gelungen, vorhandene Standortvorteile für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu nutzen, auch mit der Ausweisung des neuen Gewerbegebietes Unteranger wurde ein weiterer Schritt in Richtung Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Gemeinde sowie Stärkung der Steuerkraft der Gemeinde getan. Derzeit läuft die Verwertung der Grundstücke im Gewerbegebiet Unteranger jedoch sehr schleppend, wofür partiell auch die abflachende Konjunktur und eine erkennbare Zurückhaltung bei Investitionen ursächlich sein dürfte.

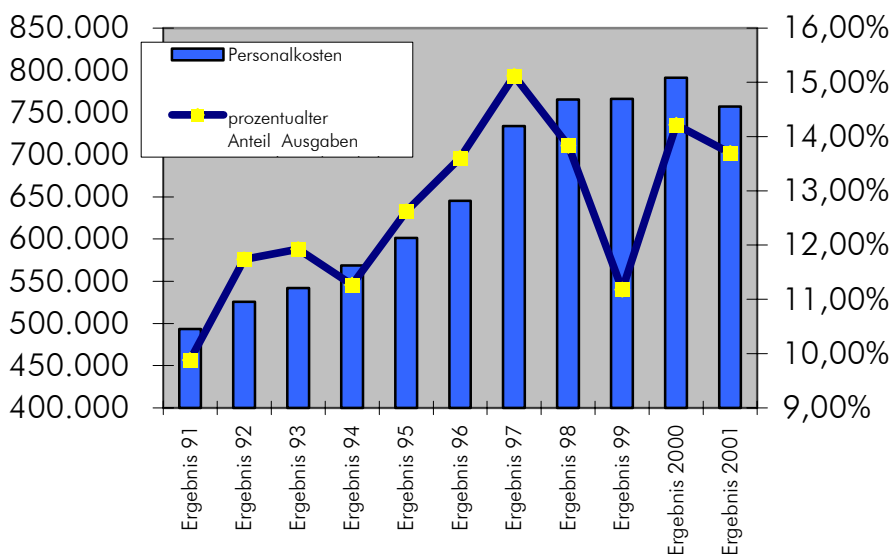
### 3.5. Verwaltungs- und Betriebsausgaben



Die Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand lagen mit 1.224.287 DM um knapp 10% unter der Veranschlagung und damit deutlich unter Vorjahresniveau. Hauptursache für die Reduzierung gegenüber den Jahren bis 1998 ist der Wegfall der kalkulatorischen Kosten für die Wasserversorgungsanlage, nachdem diese Einrichtung

1998 an den Zweckverband zur Wasserversorgung der Gennach-Hühnerbach-Gruppe übergeben wurde. Die Kosten für Verwaltung und Betrieb werden sich solange kaum verändern, solange der Umfang des gemeindlichen unterhaltspflichtigen Vermögens sich nicht gravierend verändert. Von Seiten der Verwaltung wird versucht, das Vermögen möglichst kostensparend zu bewirtschaften, es jedoch gleichzeitig im Wert zu erhalten. So sind z.B. bei den älteren Gebäulichkeiten immer wieder Renovierungsarbeiten notwendig, vor allem zur Werterhaltung. Des weiteren reduzierte sich 2001 der Umfang der Entwässerungsanlage, aus dem kalkulatorische Kosten zu errechnen sind, wodurch die Abschreibungen und Verzinsungen des Anlagekapitals deutlich gegenüber den Ansätzen sanken.

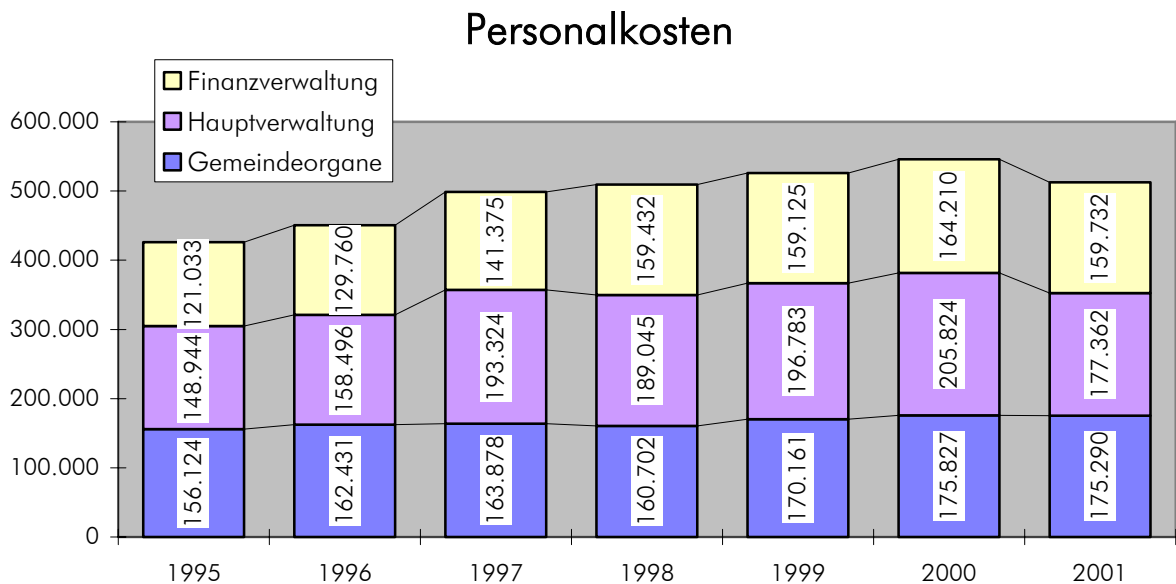
### 3.6. Personalausgaben



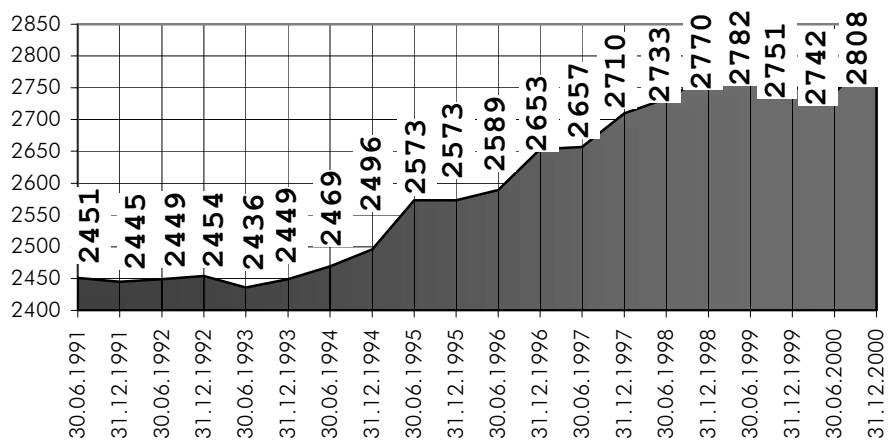
Die Personalausgaben lagen 7,73% unter den entsprechenden Haushaltsansätzen. Ein Teil dieser Kosten wird durch andere Kostenträger bzw. Weiterverrechnungen wieder ersetzt. Hier sind vor allem die Lohnkosten für das am Wertstoffhof beschäftigte Personal sowie die ABM-Kraft aufzuführen.

Soweit möglich, werden gemeindliche Leistungen gegenüber Dritten auch wieder weiterverrechnet, beispielsweise die Mithilfe bei der Vermessung, die Behebung von Schadensfällen Dritter etc.. Von Seiten der Verwaltung wird ständig angestrebt, die Personalkosten durch möglichst effizienten Einsatz von vorhandenen Ressourcen zu minimieren. Voraussetzung hier-

für ist jedoch, dass alle Möglichkeiten zur Optimierung von Arbeitsabläufen ausgeschöpft werden und auch die notwendige Technik und Arbeitsausstattung vorhanden ist. Des weiteren ist die Qualifikation und Motivation der Mitarbeiter die wichtigste Komponente. Hier wird versucht, durch ständige Aus- und Weiterbildungen den Wissensstand an die Anforderungen anzupassen. In Einzelbereichen wie z.B. Reinigung der Hörmanschule konnten durch angemessene Reduzierung von Leistungen ohne Qualitätsverlust erhebliche Einsparungen bei den Personalkosten umgesetzt werden.



Die mittlerweile gut funktionierende EDV-Unterstützung und Bürokommunikation innerhalb der Gemeindeverwaltung bringt in einigen Bereichen gegenüber früheren Zeiten spürbare Entlastungen der personellen Ressourcen. Andererseits entstehen durch veränderte Anforderungen der Bürger und weitergehende gesetzliche Vorgaben wieder neue Aufgaben, neue Anforderungen werden



auch nicht zuletzt durch die neuen Medien geschaffen. Insgesamt ist festzustellen, dass vor allem innerhalb der Verwaltung die Tätigkeiten vom Umfang her bei gleicher Einwohnerzahl gleich bleiben, jedoch müssen immer mehr Anforderungen

an die Qualifikation der Mitarbeiter gestellt werden, um rationell die anstehenden Aufgaben erledigen zu können. Zum 31.12.2002 wird eine Mitarbeiterin der Hauptverwaltung im Rahmen einer Altersteilzeitvereinbarung aus dem aktiven Dienst ausscheiden; diese Planstelle wird nicht mehr besetzt werden, was allein innerhalb der Verwaltung Kostenminderungen von jährlich etwa 60.000 DM ermöglicht.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass in den vergangenen 10 Jahren die Einwohnerzahl der Gemeinde Mauerstetten um knapp 400 Personen (ca. 15%) zugenommen hat. Gleichzeitig wurde die Wochenarbeitszeit des Verwaltungspersonals von 174 Stunden auf heute 164 Stunden reduziert; ab 01.01.2003 wird dann nochmals auf 135,50 Wochenstunden reduziert.

Ansonsten sind im Verwaltungshaushalt keine nennenswerten Abweichungen von den Festsetzungen des Haushaltsplanes erkennbar.

## **4. Investitionen**

Im Bereich der Gemeindeverwaltung musste die EDV-Anlage erneuert werden, im gleichen Zug wurde das Rathaus auch mit einer zeitgemäßen EDV-Verkabelung ausgestattet. Hier wurden insgesamt 88.000 DM investiert. Durch die Investitionen können nun auch neue EDV-Verfahren eingesetzt werden, die wiederum die Effizienz der Verwaltung verbessern helfen können.

Für den Straßenbau wurden einschließlich der Ingenieurleistungen 444.500 DM investiert, hier schlugen Schlussrechnungen für den Straßenausbau und die Resterschließungen der Baugebiete zu Buche. Im Bereich der Planung wurde ein Großteil der Kosten für die Projektierung der Gemeindeverbindungsstraße Frankenried-Mauerstetten benötigt.

Für den Tiefbau der Abwasseranlage wurden einschließlich der Nebenkosten 810.600 DM investiert, hier waren die Ausgaben im Bereich der Haushaltsansätze.

Ausgaben in Höhe von über 1,1 Mio. DM waren durch Grundstückskäufe verursacht, hier fiel vor allem die Rücknahme eines Bauplatzes im Gewerbegebiet ins Gewicht.

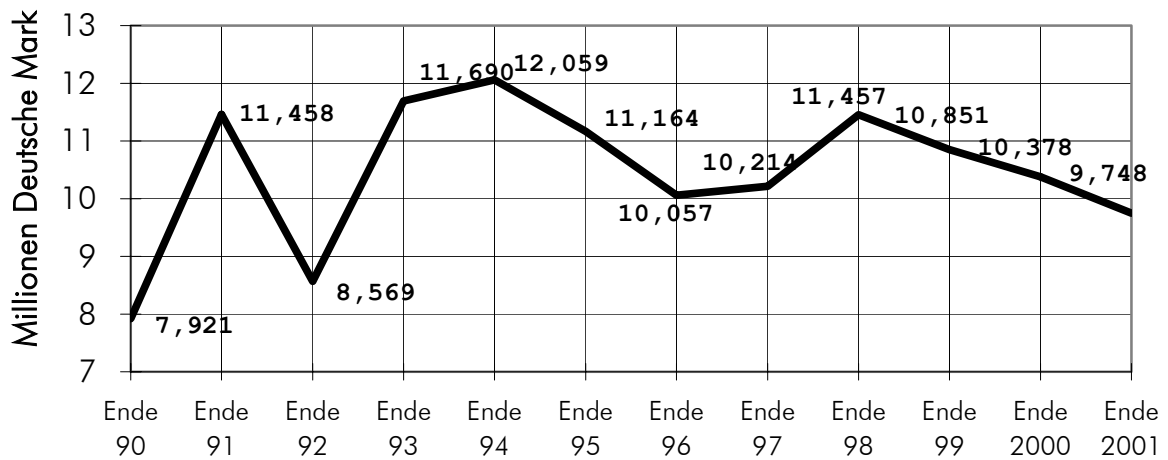
## **5. Schulden**

Im Haushaltsjahr 2001 mussten glücklicherweise keine Darlehen aufgenommen werden. Die ordentliche Tilgung betrug 629.973 DM. Die Verschuldung der Gemeinde Mauerstetten beträgt damit zum 31.12.2001

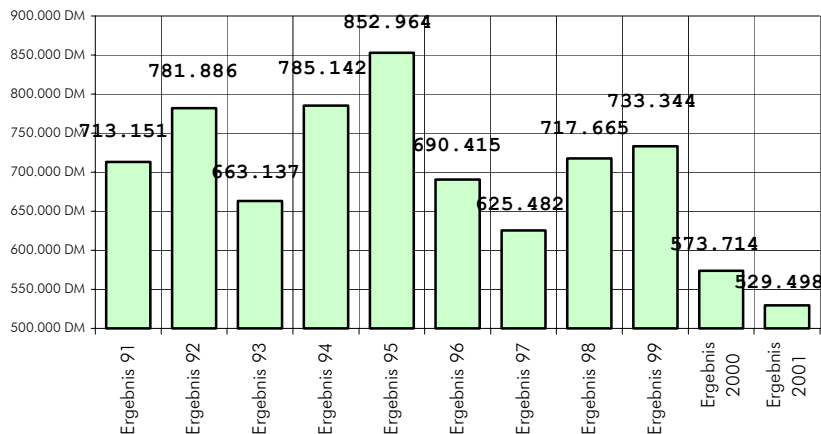
**9.747.720,44 DM,**

was einer Verschuldung von 3.441 DM pro Einwohner entspricht. Das gesteckte Ziel der Reduzierung der Gesamtverschuldung der Gemeinde konnte somit erreicht werden. Um die Gemeinde langfristig handlungsfähig zu halten, sollte es weiterhin Priorität sein, den Schuldenstand dauerhaft deutlich unter 10 Mio. DM zu bringen. Langfristig kann nur bei moderatem Schuldenstand die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt erwirtschaftet werden.

## Schulden Gemeinde Mauerstetten



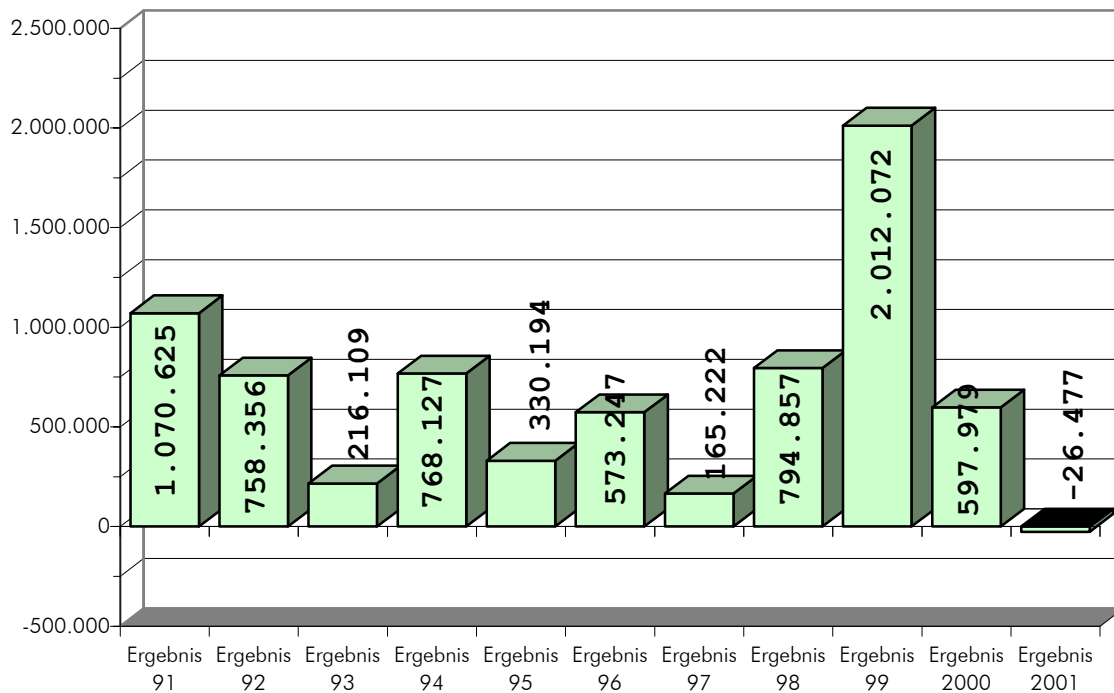
## Zinsbelastung



Die Belastung durch Zinszahlungen betrug 2001 rund 529.500 DM, damit wurde ein Tiefststand der letzten 10 Jahre erreicht. Nicht zuletzt das derzeit relativ günstige Zinsniveau vor allem im kurzfristigen Bereich kommt dem hohen Schuldenstand entlastend entgegen. Zur Kassenbestandsverstärkung mussten über kurze Zeiträume Kassenkredite beansprucht werden. Aufgrund

der soliden Kassenlage resultierte daraus jedoch nur eine geringe Zinsbelastung. Sollte das Zinsniveau künftig wieder ansteigen, was durchaus zu befürchten ist, kann durch die Zinsmehrausgaben unter Umständen die Höhe der Mindestzuführung in den Vermögenshaushalt gefährdet werden.

## 6. Zuführung zum Vermögenshaushalt



Erstmals im Berichtszeitraum musste zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 26.476,83 DM vorgenommen werden. Das lag zwar deutlich unter der veranschlagten Summe von 456.750 DM, zeigt jedoch deutlich, dass auch bei geringen Ausreißern im Steueraufkommen schnell der Ausgleich des Verwaltungshaushalts gefährdet ist, bzw. im weniger schlimmen Fall doch die Mindestzuführung nicht mehr erreicht werden kann. Aufgrund der hohen Steuerkraft für 2001, die aus dem Realsteueraufkommen von 1999 resultiert, war diese Entwicklung für das Haushaltsjahr absehbar. Im Zuge dieser hohen Steuerkraft musste die Gemeinde auf staatliche Schlüsselzuweisungen verzichten und auch entsprechend höhere Kreisumlage entrichten, was zu Einnahmeausfällen gegenüber „normalen“ Jahren von etwa 1,1 Mio. DM führte. Im Folgejahr 2002 dürfte nach heutiger Aussicht jedoch wieder eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Zuführung an den Vermögenshaushalt möglich sein.

Nach § 22 Abs. 1 Satz 2 KommHV muss die (Mindest-)zuführung zum Vermögenshaushalt mindestens so hoch sein wie die ordentliche Tilgung von Krediten. Dieser Betrag konnte im Haushaltsjahr 2001 nicht erreicht werden. Nachdem jedoch auch Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens, Rücklagenentnahmen und Beitragseinnahmen in erheblicher Höhe zur Verfügung standen, die nach § 22 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz KommHV anrechenbar sind, sind die gesetzlichen Vorgaben erfüllt.

Die Mittel der Zuführung an den Vermögenshaushalt sind letztendlich die einzige disponible Finanzmasse der Gemeinde für Investitionen ohne auf Leistungen der Bürger bzw. die Verwertung gemeindlichen Vermögens zurückzugreifen. Nachdem gerade in den Vorjahren teilweise nicht einmal die vorgeschriebene Mindestzuführung erwirtschaftet werden konnte, zeigen die Zahlen doch recht deutlich, dass das mittelfristige Ziel der gemeindlichen Finanzpolitik eine deutliche Senkung der Verschuldung sein muss. Im Jahr 2001 ist kein Überschuss aus dem

Verwaltungshaushalt verfügbar, weshalb für die ordentlichen Schuldentilgungen andere Einnahmen des Vermögenshaushalts verwendet werden müssen.

Nur bei weiterer Reduzierung des Schuldenstandes wird auch die Zinsbelastung weiter sinken, so dass nur dann wirksam Finanzmittel für dringende Investitionen freigemacht werden können. Auch unter dem Gesichtspunkt einer gewissen Zinsunsicherheit kann sich die Zinsbelastung auch bei gleichbleibendem Schuldenstand ggf. erhöhen, soweit Darlehen zur Prolongation anstehen.

## **7. Allgemeine Rücklage**

Im abgelaufenen Haushaltsjahr wurde als Abschlussbuchung ein Betrag von 1.393.284,26 DM der allgemeinen Rücklage zugeführt. Nachdem im Jahr 2001 auch eine Rücklagenentnahme von 1.515.791,08 DM zur Deckung des Haushalts herangezogen werden musste, ergibt sich eigentlich ein Defizit von rund 122.000 DM, d.h. der Überschuss im Vermögenshaushalt ist eigentlich diesem Teil noch auf das Ergebnis des Jahres 2000 zurückzuführen.

Die Rücklagenzuführung erweckt durchaus einen positiven Eindruck, jedoch muss an dieser Stelle auch darauf hingewiesen werden, dass zum Jahresschluss 2001 Kasseneinnahmereste in Höhe von fast 1.400.000 DM vorhanden waren. Diese Reste sind zwar nach dem Grundsatz des Sollabschlusses bereits in den Rechnungsergebnissen enthalten, jedoch fehlen auf der Gegenseite die entsprechenden Kassenmittel.

## **8. Kassenlage**

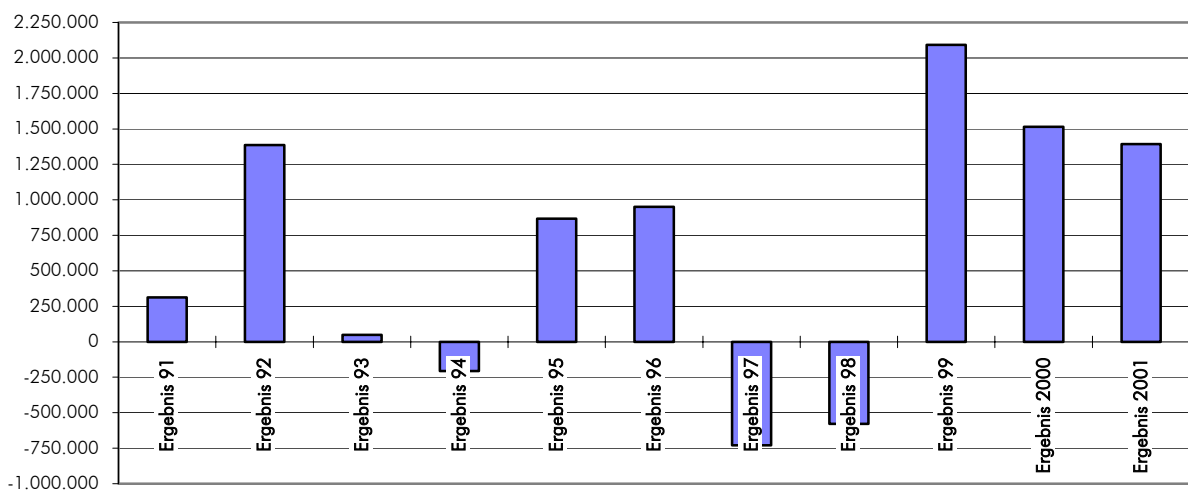
Die Kassenlage war stets gesichert. Kassenkredite mussten nur in Einzelfällen und auch dann nur für kurze Zeiträume in Anspruch genommen werden.

Vorübergehend nicht benötigte Kassenmittel wurden stets sofort als Termingelder angelegt. Trotzdem mit der Hausbank eine sehr attraktive Sichteinlagenverzinsung vereinbart werden konnte, wurden Einnahmen aus Habenzinsen nur 3.500 DM erzielt.

## 9. Analyse

In der Grafik sind die Ergebnisse der Jahresrechnungen der Vorjahre einschließlich des Haushaltsjahres 2001 dargestellt. In den Jahren mit positivem Ergebnis konnten am Jahresende Rücklagenzuführungen vorgenommen werden, bei den negativen Jahresergebnissen schloss die Jahresrechnung jeweils mit einem Sollfehlbetrag ab. Zu Bedenken ist jedoch, dass die Rücklagenzuführungen jeweils im Folgejahr wieder als Deckungsmittel bei den Einnahmen des Vermögenshaushaltes herangezogen werden müssen, es werden auf diese Weise also keine „bleibenden“ Rücklagen erwirtschaftet.

### Jahresergebnis



Zusammenfassend kann das Jahresergebnis 2001 durchaus als sehr solide und positiv angesehen werden. Dies war jedoch nur möglich, weil die Gemeinde um fast 800.000 DM mehr Staatszuwendungen für die Abwasseranlage erhielt als veranschlagt und auch der Bau der Gemeindeverbindungsstraße verschoben wurde.

Ziel der weiteren Finanzplanung sollte trotzdem eine kontinuierliche Senkung des Schuldenstandes der Gemeinde auf eine moderatere Höhe sein. Auch bei dem derzeit günstigen Darlehenszins bedeutet jede Million Schulden eine jährliche Zinsbelastung von etwa 40.000 DM bis 50.000 DM, die nicht als Finanzmasse für Investitionen zur Verfügung steht. Es sollte künftig jede Investition daher auf ihre zeitliche Notwendigkeit überprüft werden, denn allein schon durch ein Hinausschieben können spürbare Entlastungen des Haushalts erreicht werden.

87665 Mauerstetten, 17. Januar 2002

Holderried